



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Parteitag in Halle

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Parteitag in Halle



nach Beendigung des sozialdemokratischen Parteitages in Halle hat sich die Presse in ihren Rückblicken darauf im allgemeinen außerordentlich trüben Betrachtungen hingeeben. Ausgehend namentlich von den Liebknechtschen Ausführungen über das Parteiprogramm, die sich allerdings, soweit sie die Zukunftsideen der Partei erörtern, ebenso sehr durch ihren umstürzlerischen Charakter, wie durch ihre Platttheit und Gedankenarmut auszeichnen, hat man gefragt, was von einer Partei zu hoffen sei, deren Programm sich aus einer Anzahl unfruchtbarer, revolutionärer Phrasen zusammensetzt, und deren Führer die ganze Unreife der Halbbildung zeigten, und wie man erwarten könne, daß aus einem Nichts jemals etwas Verständiges werde.

Wir glauben, daß diese Erörterung, wie wir sie in verschiedenen der angesehensten Blätter gelesen haben, die Summe der aus dem Parteitage zu ziehenden Lehren nicht richtig ziehe. Dem Tieferblickenden kann es nicht entgehen, daß auch der Hallische Parteitag eine Bestätigung der Ansicht enthält, die die ersten Anzeichen einer Wendung zum Bessern zu erkennen glaubt.

Offenbar hat nach dem Willen der Parteileitung und der mit ihr übereinstimmenden, überwiegenden Mehrheit der Abgeordneten der Schwerpunkt gar nicht in den Beratungen über das materielle Programm gelegen. Fast widerwillig ist man an dessen Besprechung gegangen. Gleich zu Anfang seiner Rede verwahrt sich der Referent, Herr Liebknecht, ausdrücklich dagegen, daß er eine „Programmrede“ halten wolle, er wolle nur „über das Programm sprechen,“ und schließlich kommt er, nachdem er verschiedene Punkte bezeichnet hat, in denen, nach seiner Meinung, das Programm veraltet sei, doch zu dem Schlusse, daß zunächst am besten alles beim Alten bleibe. „Es ist nicht zu

leugnen — so führt er aus —, daß das Programm Mängel hat, allein es ist die alte Parteifahne, die uns zum Siege geführt hat, deshalb wollen wir es in Ehren halten.“ Diesen Ausführungen schließt sich der Parteitag an und beschließt, für diesmal keine Veränderung des Programms eintreten zu lassen, da es sich vortrefflich bewährt habe, aber den Parteivorstand zu beauftragen, dem nächsten Parteitage den Entwurf eines veränderten Programms vorzulegen.

Schon hieraus erkennt man deutlich, welcher Geist es ist, der die Beratungen beherrscht. Es ist der Geist der Opportunität, der vermehrten Rücksichtnahme auf die praktischen Aufgaben der Gegenwart, von denen am Vorabend der Zusammenkunft das amtliche Organ der Parteileitung gesagt hatte, daß nur der utopische Sozialist sie über der Zukunft vergesse. Und diese Tendenz läßt sich durch alle Beratungen bis ins einzelne verfolgen; sie tritt gleichmäßig hervor in sozialen wie in politischen Fragen. Was die erstern anlangt, so ist von größter Bedeutung die veränderte Stellung der Partei zum „ehernen Lohngesetz.“ Als der Vertreter der „Jungen,“ Werner, unter Hinweis auf dieses Gesetz behauptete, daß eine Besserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden könne, erhob sich Herr Bebel zu scharfer Entgegnung und erklärte, daß es ein solches Gesetz überhaupt nicht gebe, und daß die Partei sich freuen müsse, daß ein in nationalökonomischen Dingen so unwissender Mann, wie Werner, nicht in den Reichstag gekommen sei, und völlig in Übereinstimmung hiermit sagte Herr Liebknecht, daß Lassalle zwar mit großem Glück das „eherne Lohngesetz“ als Agitationsmittel verwandt habe, daß die Wissenschaft aber längst erwiesen habe, daß dies Gesetz nicht vorhanden sei, es werde demnächst aus dem Parteiprogramm zu streichen sein.

Welch ungeheurer Umschwung! Die alte Theorie, die notwendig zur Revolution führen mußte, wird verworfen, es wird offen anerkannt, daß auch im heutigen Staate eine Besserung der Lage der Arbeiter über das „Existenzminimum“ hinaus eintreten könne, und damit gelangt man mit Notwendigkeit dazu, sein Augenmerk zunächst auf die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, auf die Steigerung des Arbeiterschutzes zu richten, sich zur Teilnahme an der sozialreformatorischen Gesetzgebung verpflichtet zu halten, während man die Durchführung des sozialistischen Güterverteilungsideals der Zukunft überläßt.

In gleicher Weise verwirft die Partei die Ansicht der Radikalen, die da meinten, daß die „Fachsimpelei“ die Gesamtheit der Arbeiter von ihren großen Zukunftsaufgaben abhalte, und die deshalb eine politische Organisation fordere. „Die Genossen vergessen, daß durch die fachgewerkschaftliche Organisation uns eine große Anzahl von Arbeitern zugeführt worden ist, die einer politischen Organisation nicht beigetreten wären. Das Hemd ist dem Menschen näher

als der Noth.“ (Worte des Referenten für Streiks, Boykotts u. s. w.) Ebenso verhält man sich aber auch gegenüber den eigentlich politischen Fragen. Die Teilnahme an den Wahlen der Einzellandtage wird beschlossen, so grundsätzlich man auch jedes beschränkte Wahlrecht verwirft, und man erklärt sich zur Mitwirkung an allen Fragen der Gesetzgebung bereit, ja Herr Bebel will sogar, was Werner besonders tadelnswert findet, einer Anleihe für Beschaffung dunkler Uniformen zustimmen, um den Krieg zu vermenschlichen.

Religion und Monarchie sind natürlich im sozialdemokratischen Zukunftsstaate abgeschafft. Aber aus Rücksicht auf die gewonnenen und noch zu gewinnenden Bevölkerungsteile hütet man sich, Forderungen in der Richtung auf diese Endziele aufzustellen, zur Agitation gegen Thron und Altar aufzufordern. Das sind Zukunftsgedanken, deren Durchführung nur der Zeit überlassen zu werden braucht. „Die gesamte Religionsfrage, so äußert sich ein Berliner Abgeordneter, ist eine Frage der Taktik.“ „Wenn wir die Geschäfte der Freireligiösen besorgen, dann werden wir von der Landbevölkerung aus ihren Versammlungen hinausgeprügelt werden,“ fügt Herr Molkenbuhr hinzu.

Wir wollen nicht weiter ins Einzelne gehen, wollen uns mit den gegebenen, nach unsrer Meinung die Sache scharf kennzeichnenden Beispielen begnügen und schließlich nur noch das kräftige Wort hinzusetzen, mit dem Herr Liebknecht auf eine Rede Werners den Anarchismus verurteilt hat: „Man wirft uns vor, sagt er, daß wir zu langsam vorgingen. Das heißt: die Partei ist vernünftig. Wer mit dem Kopfe durch die Wand will, rennt sich den Kopf ein. Vergessen wir nicht, daß uns noch immer achtzig Prozent der Bevölkerung gegenüberstehen. Wollten wir in solchem Falle den Anarchisten folgen und Gewalt anwenden, dann würde man uns einfach ins Zuchthaus, mit noch größerem Rechte ins Irrenhaus sperren.“

Man hat gesagt, das sei alles eitel Heuchelei und Verstellung, lediglich darauf berechnet, die unverständigen Leute zu beruhigen, die sich von der Sozialdemokratie hätten einfangen lassen oder im Begriffe seien, von ihr eingefangen zu werden. Nun, seien die Motive, welche sie wollen, die Thatsache steht fest — und das ist von einer gar nicht hoch genug anzuschlagenden Wichtigkeit —, daß die Parteileitung und, nach dem Parteitag in Halle zu schließen, mit ihr das Gros der Partei in bewußtem Gegensatz zu den Bestrebungen der radikalen Umstürzler angefangen hat, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen, ein stärkeres Gewicht auf die praktischen und unmittelbaren Ziele der Gegenwart zu legen und die Zukunftsgedanken vorläufig zurücktreten zu lassen, daß sie sich bereit erklärt zur Mitarbeit an der Gesetzgebung des bestehenden Staates, und daß sie den Gedanken an gewaltsamen Umsturz mit dem schärfsten Nachdrucke zurückweist. Wenn dies aus Opportunitätsgründen und aus Rücksichten der Taktik geschehen ist, so ändert das nichts an der Thatsache, daß es geschehen ist.

Es wäre zu viel verlangt, wenn man von der Sozialdemokratie fordern wollte, sie solle von heute auf morgen ihre Zukunftsgedanken abschwören und das Parteiprogramm, die „bewährte Fahne, unter der wir die Siege erfochten haben,“ zerreißen. In dieser Weise vollzieht sich eine Veränderung nicht, durch die aus einer utopischen Umsturzpartei eine positive Reformpartei wird. Sie vollzieht sich vielmehr so, daß zunächst auf dem Gebiete der Taktik eine Änderung eintritt, daß man sich aus Rücksicht auf das praktisch erreichbare hinsichtlich des Fernerliegenden Beschränkungen auferlegt und die Durchführung der Zukunftspläne von der Zeit erwartet. Wer einmal so weit, wie die gegenwärtigen Führer der Sozialdemokratie, den Bedürfnissen des Lebens und dem bestehenden Staate Rechnung trägt, der ist nicht mehr weit von dem Augenblick entfernt, wo er in logischer Weiterentwicklung des einmal gefaßten Gedankens die Zukunftspläne ganz auf sich beruhen läßt und sich ausschließlich der Gegenwart widmet, zumal wenn er, wie Herr Liebknecht, selbst einräumen muß, daß er gar nicht angeben kann, wie der sozialdemokratische Zukunftsstaat aussehen werde.

Es ist zu hoffen, daß die Bedeutung des Umschwunges, der sich innerhalb der Sozialdemokratie hinsichtlich ihrer Kampfweise und ihrer Stellung zum heutigen Staate vollzogen hat, von allen denen begriffen werde, die auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stehen, und daß diese Erkenntnis zu einer ehrlichen Probe führen werde, ob nicht die Sozialdemokratie schon jetzt geeignet sei zu praktischer Mitarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Lasse man sich nicht beirren durch den Wust unreifer Zukunftsideen; er kann uns zwar im ersten Augenblick abschrecken, aber doch schließlich nicht die Erkenntnis der entscheidenden Tatsache verhindern, daß die Partei sich selbst zu dieser Probe erbieht, daß sie die allmähliche Entwicklung der Vernichtung alles Bestehenden vorzieht.

Wird der Versuch gemacht, dann müßte es wunderbar zugehen, wenn nicht die Sozialdemokratie entweder mehr und mehr im Drange der alltäglichen Geschäfte die Zukunftsträume vergäße, oder, falls sie doch nicht zu träumen unterlassen könnte, das Vertrauen der großen Masse von einfachen, aber im Grunde verständig denkenden Männern verlöre, denen allein, wie sie dies selbst am besten weiß, sie ihre Stellung verdankt. Nicht zum geringsten Teile sind wir, die Gebildeten, dafür verantwortlich, wie sich die Zukunft gestalten, und ob der Zustand dauern wird, der vom Standpunkte unbelehrbarer Revolutionäre aus die „Versumpfung“ der sozialdemokratischen Partei genannt wird, den aber alle, die den Frieden, die Ordnung und ihr Vaterland lieben, immer deutlicher als das erkennen werden, was er in Wahrheit ist: als einen bedeutsamen Fortschritt zum sozialen Frieden.